

Bern

8 Franken im Tag und keine Zukunft

Nothilfe Abgewiesene Flüchtlinge haben in der Schweiz kaum Perspektiven. Für die 26-jährige Tibeterin Tsering Dolmatsang ist aber auch die Rückreise keine Option. Ihre einzige Hoffnung: ein Härtefallgesuch.

Andres Marti

Das kleine Zimmer teilt sich Tsering Dolmatsang mit drei anderen Frauen aus Tibet. An der Wand ein Poster des Dalai Lama, im Gang der Geruch von Javelwasser. Rund 80 Flüchtlinge wohnen in dieser von der Heilsarmee betreuten Unterkunft an der Hauptstrasse in Zollikofen. Die 26-jährige Tsering Dolmatsang ist seit über zwei Jahren hier. Obwohl sie ihre Anwesenheit täglich mit einer Unterschrift bestätigen muss, müsste sie die Schweiz eigentlich längst verlassen haben.

Dolmatsang ist eine von rund 600 Personen, die im Kanton Bern mit einem negativen Asylentscheid leben. Das Staatssekretariat für Migration (SEM) hat ihr Asylgesuch rechtskräftig abgelehnt. Das SEM stellt sich auf den Standpunkt, dass diese Menschen gefahrlos in ihr Herkunftsland zurückkehren können. Obwohl sie hier keine Perspektiven haben, weigern sich viele von ihnen, die Schweiz zu verlassen.

Geplatzter Traum

So auch Dolmatsang. 2015 reichte sie ihr Asylgesuch ein. Danach lernte sie Deutsch, half Bauern auf dem Feld und stellte mit anderen Flüchtlingen Taschen und Rucksäcke aus gebrauchten Werbebannern her. Drei Franken pro Stunde zahlte man ihr in diesen Beschäftigungsprogrammen. Dolmatsang war dankbar. Alles war besser, als in der Unterkunft herumzuhocken und zu warten.

Schliesslich konnte sie die Asylunterkunft verlassen und in eine Wohngemeinschaft in Belp einziehen. Als Nächstes wollte sie ihr Deutsch verbessern und eine Ausbildung in Angriff nehmen. Doch im März 2018 lehnte das SEM ihr Gesuch definit ab. «Meine Interviewer glaubten mir nicht, dass ich aus Tibet komme», sagt Dolmatsang.

Seitdem lebt sie von der Nothilfe. Vom Kanton, der für den Vollzug der Ausschaffungen zuständig ist, gibt es nur noch das Allernötigste: eine Unterkunft, medizinische Grundversorgung und acht Franken Bargeld pro Tag. Jegliche Art von Arbeit ist verboten, auch unbezahlte, Ausbildung sowieso. Mit diesen Bestimmungen soll das Leben der abgewiesenen Asylsuchenden möglichst unangenehm werden. Das funktioniert: «Wenn man den ganzen Tag nichts machen darf, wird man irgendwann verrückt», sagt Tsering Dolmatsang.

Die Schweiz verlassen will sie trotzdem nicht. «Selbst wenn ich wollte, könnte ich nicht zurück», sagt Dolmatsang. Aus Angst, während der Flucht wieder nach China ausgeliefert zu werden, habe sie ihre Papiere zurückgelassen. Seitdem sie von der Nothilfe lebt, fürchtet sie sich auch von der Polizei. Sie versuche sich deshalb möglichst unauffällig zu verhalten.

Nothilfe soll abschrecken

Geht es nach den Plänen der Regierung und des Grossen Rates, soll das Leben der abgewiesenen Asylsuchenden künftig noch unangenehmer werden. So sieht die bernische Asylreform vor, dass



Ihr Leben soll andere Flüchtlinge abschrecken: Tsering Dolmatsang bei der Kollektivunterkunft in Zollikofen. Foto: Adrian Moser

«Wenn man den ganzen Tag nichts machen darf, wird man irgendwann verrückt.»

Tsering Dolmatsang
Abgewiesene Asylbewerberin

Personen mit rechtskräftigem Wegweisungsentscheid getrennt von anerkannten Flüchtlingen, vorläufig Aufgenommenen und Asylsuchenden untergebracht werden.

Das Nothilferegime soll abschrecken. Abgewiesene Asylsuchende wie Dolmatsang würde der Regierungsrat deshalb am liebsten möglichst abgelegen unterbringen. Doch der Plan, aus dem Jugendheim Preles, auf dem Tessenberg, ein sogenanntes Rückkehrzentrum zu machen, fand im Grossen Rat keine Mehrheit. Linke und Flüchtlingshelfer hatten den Betrieb als unmenschlich kritisiert. Letztlich scheiterte das Ansinnen der Regierung jedoch nur, weil auch die SVP wegen Sicherheitsbedenken dagegen war. Nun werden die Abgewiesenen ab Mitte dieses Jahres voraussichtlich auf drei Zentren in Aarwangen, Biel-Bözingen und Gampelen verteilt werden. Die gewinnorientierte Firma ORS

hat mit ihrem Angebot die anderen Bewerber, Heilsarmee und Caritas, ausgestochen.

«Perfider Euphemismus»

Die Verschärfungen im Asylbereich rufen vielerorts die Zivilgesellschaft auf den Plan. Neben linken Flüchtlingshelfern sind es oft kirchliche Initiativen, die sich als Flüchtlinge mit einem Negativentscheid kümmern. Sie versuchen sich mit ihren Forderungen von den radikalen Flüchtlingshelfern abzugrenzen, um breite Allianzen zu schmieden.

«Wer einen Negativentscheid bekommen hat und zurückkehren kann, soll dies tun», sagt etwa Daniel Winkler, Pfarrer von Riggisberg. Bei den Tibetern und Eritreern sei dies jedoch nicht möglich. Winkler bezeichnet sie als Staatenlose in einer ausweglosen Situation. Er befürchtet, dass diese künftig in den Rückkehrzentren «verelenden». In der Bevölkerung hätten die meisten Menschen keine Ahnung, was die

Nothilfe für die Betroffenen tatsächlich bedeute, ist der Pfarrer überzeugt. Er selber bezeichnet den Begriff als «perfiden Euphemismus», der mit Hilfe wenig zu tun habe: «Kein Mensch kann von acht Franken am Tag leben.»

Ein Härtefall?

In der Unterkunft in Zollikofen setzt Tsering Dolmatsang derzeit all ihre Hoffnung auf ein Härtefallgesuch. Ein solches können auch abgewiesene Asylsuchende nach frühestens fünf Jahren einreichen – vorausgesetzt, ihre Integration ist bereits weit fortgeschritten und sie sind nicht straffällig geworden. Zuletzt hatten im November mehr als 20 Tibeterinnen und Tibeter aus Bern beim Migrationsamt der Sicherheitsdirektion Härtefallgesuche eingereicht. Wenn der Kanton der Meinung ist, dass bei Tibeterinnen und Tibeter ein Härtefall vorliegt, kann er die Gesuche ans SEM weiterleiten.

Berner Investoren bauen auf dem Viererfeld

Wohnungsbau Die Stadt Bern hat mit drei Bauträgerschaften Verträge abgeschlossen.

300 Wohnungen sollen in der ersten Bauetappe auf dem Viererfeld realisiert werden. Davon sind mindestens 50 Prozent für marktorientierte Bauträgerschaften offen. Die Stadt gab nun gestern bekannt, welche Investoren zum Zug kommen: die Pensionskasse der Berner Kantonalbank, die Personalvorsorgekasse der Stadt Bern und die Schweizerische Mobiliar Asset Management AG.

Zusammen mit der Stadt hat das Anlegerkonsortium am 10. Dezember 2019 eine Entwicklungszusammenarbeit vereinbart, wie der Gemeinderat gestern mitteilte. Michael Aebersold, SP-Gemeinderat und Direktor für Finanzen, Personal und Informatik, erklärt auf Anfrage: Die Stadt Bern suchte nach Investoren, die einen lokalen Bezug aufweisen. Die gestern vorgestellten drei Investoren entsprechen diesem Kriterium.

Mit der Vereinbarung zielt der Gemeinderat darauf hin, alle Partner möglichst früh in die Arealentwicklung miteinzubeziehen. Aebersold sagt, es gehe darum, eine Vorarbeit zu leisten. Bereits in dieser frühen Phase der Entwicklung des Grossvorhabens können die Beteiligten mit ihren Erfahrungen und bewährten Methoden unterstützend wirken. Später sollen auch die anderen Bauträgerinnen und Bauträger davon profitieren können.

Weitere Abstimmung geplant

Die jetzt abgeschlossene Entwicklungszusammenarbeit bildet nur die Basis für den späteren Abschluss eines Baurechtsvertrags. Für die Landabgabe braucht es noch eine Volksabstimmung, und die definitive Vergabe an einen Bauträger erfolgt erst nach der Abstimmung. Es sei bis jetzt noch nichts vergeben, sagt auch Aebersold, der Baugrund für die rund 150 Wohnungen werde aber voraussichtlich durch die drei marktorientierten Entwicklungspartnerinnen und -partner der ersten Etappe im Baurecht übernommen. Damit würden die darauf erstellten Wohnungen dann zumal ihnen gehören.

Die restlichen 150 Wohnungen werden wahrscheinlich einer gemeinnützigen Wohnbauträgerschaft übergeben. Die Vereinbarung zur Zusammenarbeit mit der Hauptstadtdenossenschaft, als gemeinnütziger Bauträgerin, war bereits letzten Sommer abgeschlossen worden.

Die Stadt strebt auch eine Zusammenarbeit mit der Bürgergemeinde Bern an. Der Gemeinderat hält fest: Als benachbarte Grundeigentümerin sei die Bürgergemeinde in jedem Fall eine wichtige Partnerin. Zudem habe sie durch ihre Mitarbeit bei einer Studie zum Generationen-Wohnen bereits wertvolle Vorarbeit geleistet.

1100 Wohnungen geplant

Auf dem Viererfeld sollen insgesamt rund 1100 Wohnungen für rund 3000 Einwohnerinnen und Einwohner entstehen. Es ist das grösste Bauprojekt der letzten Jahre in Bern. Im Jahr 2016 sagte die Stimmbevölkerung Ja zur Überbauung des Areals. (sda/the)